

Polizei ermittelt gegen Kinder: Sind „Hassvorfälle“ ein Problem?

In Großbritannien sorgt die Erfassung von „Nicht-Verbrechen Hassvorfällen“ für Kontroversen. Was sind NCHIs und warum werden sie kritisiert?

Essex, Vereinigtes Königreich -

Polizei ermittelt gegen Kinder wegen Beleidigungen – ein skandalöser Trend in England und Wales!

In einem alarmierenden Bericht wird enthüllt, dass Kinder in England und Wales von der Polizei ins Visier genommen werden, nur weil sie sich gegenseitig beschimpfen! Ein erschreckendes Beispiel für die Absurditäten, die aus der neuen Gesetzgebung zur Erfassung von „nicht-kriminellen Hassvorfällen“ (NCHI) resultieren.

Letzten Monat sorgte eine britische Journalistin für Aufregung, als sie berichtete, dass die Polizei an ihrer Haustür in Essex stand. Der Grund? Ein harmloser Post über den ehemaligen Premierminister Pakistans, Imran Khan, den sie vor einem Jahr auf X veröffentlicht hatte. Allison Pearson, Kolumnistin der konservativen Zeitung The Daily Telegraph, behauptete, sie werde wegen eines NCHI untersucht. Doch die Polizei wies dies zurück und erklärte, es gehe um eine mögliche Straftat wegen Anstiftung zu Rassenhass – die Ermittlungen wurden jedoch nur wenige Tage später eingestellt.

Was sind diese „nicht-kriminellen Hassvorfälle“?

Das Gesetz über Polizei, Kriminalität, Strafverfolgung und Gerichte von 2022 definiert NCHIs als Handlungen, die „offensichtlich von absichtlicher Feindseligkeit oder Vorurteil gegenüber Menschen mit bestimmten Merkmalen motiviert sind“. Diese Merkmale können Rasse, Religion, Sexualität, Behinderung oder Geschlechtsidentität umfassen. Die West Yorkshire Police listet Beispiele wie verbale oder Online-Belästigung, Mobbing in Schulen oder am Arbeitsplatz sowie das Verteilen von beleidigenden Flugblättern auf.

Seit Juni 2023 sind die Polizei in England und Wales gesetzlich verpflichtet, Berichte über NCHIs zu erfassen. In Schottland gilt seit April 2024 ein ähnliches Gesetz, das die Polizei anweist, wie solche Vorfälle behandelt werden sollen.

Doch die Erfassung dieser Vorfälle ist nicht unumstritten. Kritiker argumentieren, dass sie die Meinungsfreiheit einschränken und wertvolle Polizeizeit verschwenden. Ein erschreckendes Beispiel kam ans Licht, als die Times berichtete, dass ein neunjähriger Junge, der einen Klassenkameraden als „Retard“ bezeichnete, und zwei Schüler, die einen anderen als „fischig“ bezeichneten, als NCHIs erfasst wurden. Die Berichte über solche Vorfälle nehmen zu – im letzten Jahr wurden über 13.200 Beschwerden registriert, was zu einem enormen Aufwand von über 60.000 Polizeistunden jährlich führt.

Die Debatte um die Notwendigkeit von NCHIs

Während einige die Abschaffung der NCHIs fordern, argumentieren andere, dass deren Überwachung notwendig sei, um potenziell gefährliches Verhalten frühzeitig zu erkennen. Danny Stone, Geschäftsführer des Antisemitism Policy Trust, betont, dass die Berichterstattung über Hassvorfälle positive Auswirkungen auf die Polizei und die Gemeinschaften hat. Er verweist auf tragische Fälle, in denen Menschen aufgrund von jahrelangen Belästigungen durch Jugendliche in ihrer

Nachbarschaft in den Suizid getrieben wurden.

Die Kontroversen um NCHIs nehmen zu. Der Vorsitzende des College of Policing, Nick Herbert, äußerte, dass die Erfassung von NCHIs ein „Hindernis für die Polizei“ geworden sei. Er fordert die Regierung auf, diese Praxis zu überdenken. Auf der anderen Seite gibt es Stimmen, die die Wichtigkeit der NCHIs betonen, um ein Klima des Hasses zu erkennen, bevor es zu gewalttätigen Ausbrüchen kommt.

Die Diskussion über NCHIs wird auch von prominenten Persönlichkeiten wie der ehemaligen Ministerin Suella Braverman und dem Journalisten Darren Grimes angeheizt, die beide gegen die Erfassung solcher Vorfälle kämpfen. Grimes bezeichnete die Ermittlungen gegen ihn als „Orwellsche Markierung“ und stellte die Freiheit in Großbritannien in Frage.

Die Debatte um NCHIs ist ein heißes Eisen, das die britische Gesellschaft spaltet. Während einige die Notwendigkeit dieser Aufzeichnungen betonen, sehen andere darin eine gefährliche Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die Frage bleibt: Wie weit darf der Staat gehen, um vermeintlichen Hass zu bekämpfen?

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Essex, Vereinigtes Königreich

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at